

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Krise nach der Wahl.

Den Wählern und Wählerinnen raten wir, die folgenden sehr einfachen und unbestreitbaren Tatsachen zu beachten:

Wenn die beiden Rechtsparteien — Deutsche nationale und Deutsche Volkspartei — bei den Wahlen die Mehrheit erlangen sollten, was freilich sehr unwahrscheinlich ist, so müßten sie selbstverständlich die Regierung übernehmen. Welches wären die Folgen? Die Mehrheitssozialdemokratie und die Unabhängigen würden sich zum Widerstand gegen eine solche Regierung vereinigen und jede Möglichkeit des Wiederaufbaues würde durch erbitterte Kämpfe, die zum Bürgerkrieg ausarten könnten, vernichtet werden. Am 21. Juni sollen die Vertreter Deutschlands in Spaa mit den Staatsmännern der Alliierten zusammentreffen. Eine reaktionäre, nationale Regierung würde in Spaa gewiß am allerwenigsten ankommen können, die liberalen und demokratischen Parteien in England und in Italien würden aufstehen, eine Vereinigungspolitik zu fordern, und während in Deutschland die Verwirrung und die Not aufs höchste steigen würden, würde der Entschlußwahnismus, nimmehr ungeheuer, uns die ungeschwächtesten Willkürdiktaturen aufzulegen und abermal's deutschen Boden zum Plünderer machen. So würde es, wie jeder sich harmonisch kann nach einem vollen Siege der Deutschen nationalen und der Deutschen Volkspartei aussehen.

Was würde geschehen, wenn diese beiden Parteien zwar keinen vollen Sieg erringen, aber so gestärkt aus der Wahl hervorgehen sollten, daß sie auf ihrer Beteiligung an der Koalition, auf einer Beteiligung an der Regierung, bestehen könnten? Sie sind ja, obwohl sie den Demokraten das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie vorwerfen, selber zur Übernahme von Ministerposten in einer teilweise sozialdemokratischen Regierung bereit. Der sozialdemokratische Reichstagsführer Hermann Müller hat erklärt, daß die Sozialdemokratie ein solches Bündnis ablehnen müßte. Im Namen der Demokraten habe der Reichsminister Böhmisch die Erklärungen abgegeben, und sollten die Demokraten etwa den Herren Herzl und Stresemann die Hand reichen, nachdem die Besultate dieser „Führer“ durch die infame, schmutzige Art ihrer Wahlaktion, durch die niedrigsten Verleumdungen und Beschimpfungen die schon vorher unmaßliche Vereinigungen mit solchen Verleumdungen ähneln, ungeschwächt gemacht haben? Aber unter solchen Umständen kann es sehr leicht kommen, daß überhaupt keine Regierung zu bilden sein wird. Wenn die Koalition zu sehr geschwächt ist, um die Regierung bilden zu können, dann muß eine überaus schwierige und höchst gefährliche Krise entstehen. In den Tagen oder Wochen dieser Krise werden sich die Leidenschaften ungeheuer erhitzen, und die Gelegenheit wird für alle Furchtsamkeit und Empörung wie nie zuvor günstig sein. Von rechts und von links wird der Brand aufzublizen. Und am 21. Juni erwartet man die Vertreter einer deutschen Regierung zu den wichtigsten Entscheidungen in Spaa...

Eine solche Krise nach der Wahl muß unter allen Umständen vermieden werden, wenn Deutschland nicht in die tiefste Verwirrung hineingeraten und nicht jede Möglichkeit, in Spaa eine Verminderung seiner Kräfte zu erlangen und bessere Wirtschaftsverhältnisse anzubahnen, verlieren soll. Wer das nicht begreift, ist zu politischem Nachdenken nicht fähig. Wer das nicht begreift, ist zu politischem Nachdenken nicht fähig, um wer es begreift und trotzdem am Wahltag nichts tut, um diese Krise zu verhindern, ist entweder so verbohrt, daß ihm keine Bestimmungen, keine Pläne und keine Parteilinie über die höchsten Lebensinteressen des Landes gehen, oder er handelt nach dem jüdischen, törichtsten Glaubenssatz, daß „es schimmer nicht werden könne“, und ist auch dann ein eifrigster Vaterlandsfreund. Nein, es darf nach der Wahl nicht zu einem langen Kampf zwischen den Rechtsparteien kommen, die in die Regierung hineinmöchten, und den linksstehenden Demokraten, die unmöglich an einer reaktionären Regierung teilnehmen können. Die Rechtsparteien müssen nicht drohen können: „Wenn ihr uns nicht nehmt, werdet ihr leben, was geschieht!“, und die Mehrheitssozialdemokratie darf nicht dahin gedrängt werden, sich mit der Unabhängigen zu einer großen Oppositionsfront zusammenzuschließen. Wir müssen sofort eine Regierung haben. Eine neue Regierung, aber eine feste, durch eine klare Majorität gestützte Regierung, und ohne aufwühlenden Kriehenbrand und Krisenlärm.

Wie kann der verderbliche Streit um die Regierungsbildung, wie kann die ungeheuer gefährliche Krise vermieden werden, und wie kann zugleich, unmittelbar nach den Wahlen und rechtzeitig für die Konferenz in Spaa, die neue Regierung bereit, handlungsfähig und verhandlungsfähig sein? Nur dadurch, daß die bisherige demokratische Koalition stark genug wiederkehrt, um die neue Regierung bilden zu können, und nur dadurch, daß jeder politisch reife Wähler und jede politisch beständige Wählerin zu diesem Ergebnis beiträgt und für die demokratischen Kandidatlisten stimmt. Wir betonen ausdrücklich die Worte: „neue Regierung“, denn es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die jetzige Regierung nicht bleiben darf und nicht bleiben wird. Sie hat in ihrer Geburtsstunde selber erklärt, daß sie sich nur als eine provisorische Regierung betrachte, die Geschäfte nur bis zu den Wahlen führen wolle, und sie muß am Tage nach den Wahlen gehen. In die neue Regierung müssen die besten fachkundigsten Männer eintreten, und es ist klar, daß beispielsweise die Erfahrung eines Parteibeamteten nur in den seltensten Fällen für die Bewältigung großer wirtschaftlicher und politischer Aufgaben genügt. Die neuen Männer müssen sich zur Demokratie bekennen — und an hervorragenden tüchtigen Persönlichkeiten in allen Berufsweisen hat die Demokratie ja keinen Mangel —, aber wir haben immer auf dem Standpunkt gestanden, daß in sogenannten Fachministerien

Wen wählen die Demokraten?

- Wahlkreis 1 (Sachsen): Vorläufig finden keine Wahlen statt.
- Wahlkreis 2 (Berlin): Liste v. Siemens-Hartmann-Baum.
- Wahlkreis 3 (Potsdam II): Liste Denburg-Rufsch-Heuß.
- Wahlkreis 4 (Potsdam I): Liste Pachnide-Kemmers-Biele.
- Wahlkreis 5 (Frankfurt/Oder): Liste Vahr-Dammsche-Riedel.
- Wahlkreis 6 (Pommern): Liste Lippmann-Weinhausen-Waller.
- Wahlkreis 7 (Mecklenburg): Liste Stubmann-Sivlovich-Friele.
- Wahlkreis 8 (Breslau): Liste Gothein-Roebisch-Wagner.
- Wahlkreis 9 (Poznan): Liste Kopisch-Schmidt-Hals-Jahn.
- Wahlkreis 10 (Schlesien): Vorläufig keine Wahlen.
- Wahlkreis 11 (Magdeburg): Liste Schiffer-Böhme-Pohlmann.
- Wahlkreis 12 (Merseburg): Liste Telius-Roh-Schreiber.
- Wahlkreis 13 (Thüringen): Liste Bäumer-Gerland-Bamberger.
- Wahlkreis 14 (Schleswig-Holstein): Vorläufig keine Wahlen.
- Wahlkreis 15 (Hamburg): Liste Petersen-Büll-Radel.
- Wahlkreis 16 (Wester-Ems): Liste Koch-Wachhorst-Herrmann.
- Wahlkreis 17 (Ost-Hannover): Liste v. Richthofen-Grotewohl-v. Kampen.

- Wahlkreis 18 (Süd-Hannover - Braunschweig): Liste Heile-Rönnberg-Blum.
- Wahlkreis 19 (Westfalen-Nord): Liste Dominikus-Neumann-Boyer-Kragel.
- Wahlkreis 20 (Westfalen-Süd): Liste Ziegler-Frenzel-Pappe.
- Wahlkreis 21 (Westfalen): Liste Schüding-Triehmann-Preuß.
- Wahlkreis 22 (Westfalen): Liste Kroll-Heidebrock-Hilberg.
- Wahlkreis 23 (Rhein-Nach): Liste Falk-Vaders-Peill.
- Wahlkreis 24 (Koblenz-Trier): Liste Albrecht-Dehamps-Pies.
- Wahlkreis 25 (Düsseldorf-Ost): Liste Erkelenz-Pab-Edler.
- Wahlkreis 26 (Düsseldorf-West): Liste Bernstorff-Gzielik-Deutsch.
- Wahlkreis 27 (Oberbayern-Schwaben): Liste Hamm-Gier-Dirt.
- Wahlkreis 28 (Niederbayern-Oberpfalz): Liste Hamm-Gier-Dirt.
- Wahlkreis 29 (Franken): Liste Weiß-Kerschbaum-Meisner.
- Wahlkreis 30 (Sachsen): Liste Raichig-Scheu-Klein.
- Wahlkreis 31 (Sachsen): Liste Kütz-Weber-Dehne.
- Wahlkreis 32 (Sachsen): Liste Goeb-Schneider-Laffe.
- Wahlkreis 33 (Sachsen): Liste Brodau-Gantner-Schauer.
- Wahlkreis 34 (Württemberg): Liste Gaußmann-Wieland-Herrmann.
- Wahlkreis 35 (Baden): Liste Dietrich-Haas-Sänger.

Organisationsgabe und gründliche Kenntnis der technischen Probleme nicht in letzter Linie entscheidend sein. Wer, gleich einem Hazardspieler, gedankenlos oder frivol Deutschland am Tage vor Spaa und angesichts aller im Hintergrund drohenden Gefahren in eine ähmerer Regierungskrise und vielleicht in einen Zustand der Regierungslosigkeit oder doch völliger Autoritätslosigkeit hineinverwirren will, der mag für die Deutschen nationalen, für die Deutsche Volkspartei oder auch für die Unabhängigen und Kommunisten stimmen. Wer der Meinung ist, daß wir, ohne eine Pause voll leidenschaftlicher Erregung, eine Regierung, eine neue Regierung, haben müssen, der trägt die ruhige Überlegung von der demokratischen Koalition, die allen die ruhige Überlegung von der alten zur neuen Regierung verbürgen kann, zunächst einmal zu stärken, und stimmt für die Deutsche demokratische Partei.

Einzug der Bolschewiken in Teheran?

Paris, 3. Juni. (W. T. V.)
Nach einem Havas-Telegramm aus New-York hat die dortige persische Gesandtschaft die Nachricht erhalten, die Bolschewiken seien in Teheran eingezogen.
Eine andere Havas-Nachricht aus Teheran besagt: „Der Schah von Persien ist zurückgekehrt und hat seinen Einzug in die Hauptstadt gehalten.“

Der Aufmarsch der amerikanischen Präsidentschaftskandidaten.

Entscheidung über den republikanischen Kandidaten in Chicago.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

„Manchester Guardian“ wird aus New-York gemeldet, daß am nächsten Mittwoch oder Donnerstag in Chicago die Entscheidung über den Kandidaten der republikanischen Partei für die Präsidentschaftswahlen fallen wird. Die Republikaner haben als Partei die meisten Ansichten, aber noch niemals war so kurz vor der Entscheidung so große Unsicherheit über den republikanischen Kandidaten, selbst bei den führenden Männern im Parteivorstand. Keiner der bisher genannten Kandidaten hat auch nur ein Viertel der stimmberechtigten Parteidelegierten für sich. General Wood und Senator Johnson haben beide über hundert Delegierte für sich. Der vielgenannte Gouverneur Lowden und Senator Harding haben ein paar sichere Stimmen. Der größte Teil der Delegierten hat überhaupt keine feste Instruktion und wird sich also in Chicago selbst entscheiden müssen. Senator Penrose und Crane werden wahrscheinlich die Entscheidung herbeiführen. Ihre Taktik wird darauf gehen, zunächst einmal Wood und Johnson auszuscheiden. Es werden dann die vier Namen: die Gouverneure Lowden und Allan, ferner Coolidge und Charles Evans Hughes genannt. Ein Sieg Hoovers wäre sehr unerwartet.

Eine Senatskommission hat festgestellt, daß bereits ungeheuer viel Geld zur Beeinflussung der Kandidaten ausgegeben worden ist. So von General Wood allein 1250000 Dollars, davon bilden 500000 Dollars den Beitrag einer Seifenfabrik. Das Ehepaar Lowden hat sich mit 400000 Dollars selbst finanziert. Hoover und Johnson haben je 75000 Dollars ausgegeben. Wood hat durch diese Entschaltungen besonders stark verloren. Man erwartet in Chicago sehr scharfe Auseinandersetzungen, vor allen Dingen einen heftigen Angriff Johnsons gegen den Völkerverbund.

Erste Konferenz Krassins mit dem Obersten Wirtschaftsrat.

Lloyd George über die Vorbedingungen und den Zweck der Verhandlungen.

London, 3. Juni. (W. T. V.)

Die erste Konferenz des internationalen Wirtschaftsrates mit Krassins wird am nächsten Freitag stattfinden.
Auf Anträgen im Unterhaus über die Verhandlungen mit Krassins antwortete Lloyd George, der Beschl. die wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland wieder anzuknüpfen, sei vom Obersten Rat am 16. Januar in Paris gefaßt und am 21. Februar in London bekräftigt worden. Der Oberste Rat beschloß dann in San Remo am 26. April, die alliierten Vertreter zu ermächtigen, mit Krassins und der russischen Delegation, die sich zu jener Zeit in Kopenhagen befanden, eine Zusammenkunft zu vereinbaren, die den Zweck haben sollte, die Handelsbeziehungen zwischen den alliierten Ländern und Sowjetrußland durch Vermittlung der russischen Konsuln und sowjetischen Beamten herzustellen.
Ein Deputierter fragte hierauf an, ob die Regierung, bevor sie auf Besprechungen mit Sowjetrußland eingegangen sei, von Rußland verlangt habe, daß es allen französischen und englischen Gesellschaften, die in Rußland tätig waren, für die ihnen durch das ungeschickliche Vorgehen der Sowjets entstandenen Verluste Entschädigung leisten. Lloyd George antwortete, er halte es nicht für angebracht, während des Verlaufs der Verhandlungen darüber Auskunft zu geben. Die Grundbedingung für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland sei die Freilassung aller britischen Militär- und Zivilgefangenen ohne Unterschied ihres Ranges.

Auf eine weitere Anfrage über das Beglaubigungsschreiben Krassins erklärte Lloyd George noch: Krassins ist der Führer der russischen Delegation, die kooperativen Organisationen vertritt, aber er ist auch Minister der Sowjetregierung, und als solcher handelt er zweifellos im Namen der Autorität der Sowjetregierung. Lloyd George fügte hinzu, es müßten noch gewisse Fragen aus dem Wege geräumt werden, bevor die englische Regierung sich überhaupt in Verhandlungen einlasse. Eine davon sei die der englischen Gefangenen in Rußland. Ferner würden Garantien gegen Angriffe auf britische Interessen im Osten und in der Heimat während der Fortführung der Verhandlungen gefordert werden. Wenn diese Schwierigkeiten beseitigt seien, dann würden Verhandlungen über die Handelsbeziehungen von Vertretern aller Regierungen geführt werden. Vertreter der französischen und der italienischen Regierung seien am eifrigsten bereit, sich an der Fortführung der Verhandlungen zu beteiligen. Lloyd George schloß mit Nachdruck, daß ihm irgend etwas davon bekannt sei, daß in Frankreich über die Verhandlungen Bemerkungen herrsche. Zum Schluß sagte er: Die Tatsache, daß gewisse Mächte versuchen, zwischen Rußland und freundschaftlichen und alliierten Ländern zu liegen, deren Freundchaft so sehr im Interesse der Welt liegt (Beifall), ist kein Beweis für das Vorhandensein französischer Vorurteile. (Beifall.)

Laut „Daily News“ erklärte Krassins bei einer Besprechung mit Lloyd George, daß sich für Verhandlungen folgende drei Möglichkeiten ergäben: Wiederaufnahme des Handels bei gleichzeitiger Fortsetzung des Krieges, Wiederaufnahme des Handels bei gleichzeitiger Friedensschluß und endlich Aufschub der Frage der Handelsbeziehungen bis zur Wiederherstellung des Friedens. Die letzte Möglichkeit bezeichnen die „Daily News“ als die am wenigsten wünschenswerte und die erste als die wahrscheinlichste.

„Saag, 4. Juni.“
Der „Times“-Korrespondent in Paris, der sich seit dem Antritt der französischen Sache in London macht, teilt mit, daß England bereits früher große Summen an Rußland für Sachschadhaft hat,

ohne daß der Flach bisher geliefert worden ist. Diese Tatsache bildet eine der Hauptchwierigkeiten für die reinwirtschaftlichen Abmachungen. Fast jedes der Länder, das die Möglichkeit habe, Güter aus Ausland zu erhalten, habe schon große Vorzüge geliefert, die zunächst beglichen werden müßten. In Paris Handelskreise erwarten nur sehr wenig Vorteile von den Verhandlungen. Nach „Manchester Guardian“ hat Krasfin in London erklärt, daß er sich zu der Frage der Beibehaltung der französischen Vorkriegs-anprüche nicht äußern könne.

Aus London wird gemeldet: Krasfin hat in London in der Volkstribüne ein Handelsbureau eröffnet. Es verläuft, daß er auch in anderen alliierten Hauptstädten ähnliche Bureaus gründen wird. Krasfin hatte gestern eine Unterredung mit dem Präsidenten der italienischen Wirtschaftsdelegation und später mit Venosa.

Frithjof Ransen ist nach London unterwegs, wo er über die Rückführung der Kriegsgefangenen aus Russland unterhandeln wird und weiter auch seinerzeit Unterhandlungen mit Krasfin führen soll.

b. Stockholm, 4. Juni.

Mit dem schwedischen Dampfer „Gautefjord“ sind gestern in 143 Tausend 5700 Algoramm ruffischen Stangenagoldes in Stockholm angekommen und auf der schwedischen Reichsbahn deponiert worden. Diese ruffische Goldmenge im Werte von 17 Millionen schwedischen Kronen ist als Ausgleich für Lieferungen schwedischer Ackerbaumaschinen, Zinsen und Lokomobilen auf Grund des schwedisch-russischen Handelsabkommens mit Krasfin zu betrachten.

Protest Scialojas

gegen die Isolierung Italiens.

Zurücklegung in Syde und bei den Verhandlungen mit Krasfin.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 4. Juni.

Nach dem offiziellen „Messaggero“ besagte im Ministerat der Minister des Äußeren Scialoja, daß, wie es neulich in Syde geschah und jetzt ebenfalls anlässlich der Verhandlung mit Krasfin, die Verbündeten eigene Wege gingen, ohne Italien hinzuzuziehen. Nitti richtete darauf ein formelles Ersuchen an die Verbündeten, künftig keine Konferenzen und auch keinen Meinungsaustausch abzuhalten, woran nicht ja sämtliche Alliierten teilnehmen.

Die gesamte Presse unterstützte Scialojas Protest gegen Syde. „Epoca“ schreibt: London und Paris liegen sich einander näher als Paris und Rom oder London und Rom. Scialoja tut gut, Protest zu erheben. Die Zusammenkunft von Syde war völlig unnütz. Denn wenn der deutsche Reichsfinanzler nach Spa geht, um mit den Vertretern von England, Frankreich und Italien gleichmäßig zu verhandeln, so war es nicht notwendig, daß England und Frankreich vorher allein die gemeinsame Richtlinie festlegten.

„Gorriere d'Italia“ schreibt: Die Verhandlungen von Syde und die von London mit Krasfin befähigen wiederum die unfruchtbare Stimmung der Verbündeten gegen Italien. „Tribuna“ erklärt, die öffentliche Meinung des aus freien Stücken in den Weltkrieg eingetretenen und heute fast ruinierter Italien dürfe nicht, daß man Italien mit Kappeln absende. Die öffentliche Meinung föhnte die Regierung zwingen, Spa fernzulassen und mit Deutschland direkt zu verhandeln.

Wie die „Tribuna“ mitteilt, sandte Nitti eine in freundlichem Tone gehaltene, jedoch ernste Note an Lloyd George. Die Note habe nicht den Charakter eines Protestes, sondern eines **Vorschlags gegenüber den Beschlüssen von Syde**. Die italienischen Delegierten in Spa werden also eine feste Richtlinie verfolgen und die Rechte und Interessen Italiens, das im Weltkriege so ungeheure Opfer gebracht habe, nachdrücklich verteidigen.

„Messaggero“ schreibt über Spa, falls man die deutsche Bezeichnung annehme, es sei klar, daß Italien eine Revision der Verteilung des deutschen Kolonialbesitzes, außerdem eine höhere Quote und einen Vorschlag bei der Ausgabung der Wiedergutmachungsklauseln verlangen müsse. Falls man aber den deutschen Standpunkt ablehne, habe Italien das Recht, einen größeren Anteil am deutschen Kolonialbesitz zu beanspruchen. Es sei zweifellos, daß jede Nacht sich in Syde heimlich in Spa die „Konferenzen“ abspielten.

Das neue Inferno.

Von Arnold Höltriagal (Wien).

Der Sünder (der ein Wiener war) starb in der Nacht. Daß er in die Hölle kommen würde, wußte er wohl.

Am Morgen lag er noch in seinem Bett. „Aha, aufgebahrt!“ empfand er. Da sah schon der Teufel neben ihm.

„Nur keine Aufregung!“ sagte der Teufel. „Frühstückst Sie wie gewöhnlich, Tee mit Sacharin. Seht schon neben Ihnen. So, jetzt zünden Sie sich eine echt österreichische Spitzigarette an. So, und jetzt werde ich Ihnen ganz gemächlich erklären, wie es in der Hölle ist.“

„Du mein Gott!“ jammerte der Sünder. „Kommt ich in den Schwefelbühel? Muß ich geschmolzenes Blei fassen? Weide ich in meine Städte zerhackt?“

„Pui Teufel!“ sagte der Teufel. „Wollte halten Sie uns denn? Glauben Sie, daß der Teufel allein die Revolution nicht mitgemacht hat und daß die moderne Hölle noch immer ausschließlich, wie die Hölle der alten Handwerkerzeit? Ach, geliebte, es gibt auch heute noch in der Hölle gewisse Abteilungen, in denen mit den alten plumpen Mitteln gearbeitet wird, aber die sind nur für zurückgebliebene Völkergattungen bestimmt: da ist z. B. gleich neben der ungarischen Hölle. Wenn ich einer Kulturnation mit zündenden Flammen komme, mit einem Regen von glühendem Metall, mit stinkenden Gasen, da lacht sie mich doch ganz einfach aus. Das alles hat sie unlängst im Krieg selbst für sich und andere verauslagt und hat es mit Gleichmut ertragen gelernt. Nein, die Menschen sind viel zu höllisch geworden, als daß die Hölle alten Stils ihnen noch etwas anhaben könnte. Wir machen es jetzt anders. Die alten Märten detuben den Sünder doch so, daß er die Qual gar nicht mehr merkt. Immer hübsch bürgerlich und gemächlich, das ist jetzt die Lösung im Inferno! Sehen Sie, wenn die Profeten Gelangene hatten, banden sie sie an Pfähle und stießen ihnen dromedare Spähne ins Fleisch. Glauben Sie, daß Satan ein nover Publikum ist wie so ein nachter Profete? Oder meinen Sie nicht, daß nach zum Beispiel Kriegergefangene viel ärger martern kann, indem man sie nicht an Pfähle bindet, sondern sie in ein halbes Dutzend Jahre lang hinein einen Zaun von Pfählen spazieren gehen läßt, irgendwo in Äthiopien oder Turkestan? Sie lernen einander kennen, sie lernen einander zu genau kennen, sie wissen, daß ihnen drehen ich Frauen unterwerben und ihre Arbeit treiben — ist das nicht sehr unheimlich wirksamer als hundert Pfähle? Nein, Profeten sind, auf dem neuesten Niveau steht die Hölle längst nicht mehr. So wenig wie ich mit zwei Säubern und einem langen Schwanz pagieren gehe. Sehen Sie mich an! Wie sehe ich aus?“

Die Verhandlungen des Wirtschaftsrats

Staatssekretär Jirsch über die Valutaentwicklung.

Der Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium legte heute vormittag, 11/10 Uhr, die gestern begonnenen Beratungen fort. Auf der heutigen Tagesordnung stehen 1. eine Ausrede über die durch die Valutabesserung und infolgedessen eingetretene Geschäftslage des Wirtschaftsrats; 2. Erörterung der zur Behebung der Krise zu ergreifenden Maßnahmen und Ausrede über die Erhebung der Einfuhrabgaben.

Der Reichsstaatssekretär Professor Jirsch, in der er Vorschläge zur Abhilfe oder Beseitigung der gegenwärtigen Krisenhaften Zustände machte, entnahm wir nach folgende Einzelheiten: Die für die Valuta ungünstigen Momente bestehen zweifelslos, doch ist es zum mindesten fraglich, ob da Wertungen des Auslandes bei der letzten Steigerung der Mark wertlos zu entscheidend gewesen ist, wie man allgemein annimmt. Die Valutabesserung hat auch zu einer Zeit angehalten, wo das Ausland alle Ursache hatte, die deutsche Wirtschaft skeptisch anzusehen. Als das Loch im Westen geschlossen war, flauten zunächst die Devisenkäufe an den westlichen Börsenbörsen ab. Zwischen dem 1. und 15. April ungefähr waren keine gehandelten Devisen an und in einer bestimmten Menge, aber man darf nicht den ersten Einkaufsbedarf der deutschen Wirtschaft für einen vielschicht auch auf zwei Monate finanzieren konnte. Demals wurden auch zahlreiche Devisen, die zum Zweck der Kapitalanlage (Wirtschaftlich) gekauft worden waren, abgegeben. Es waren also größtenteils natürliche Marktvorgänge, die bis dahin den Valutastand beeinflussten. Entscheidend ist dabei neben der Schließung des Börsen in West in die Tatsache gewesen, daß **zwischen Ein- und Ausfuhr fast ein Gleichgewicht erreicht werden konnte**. Der Export hat sich gebessert und im vorigen Monat durchschnittlich den Betrag von fast vier Milliarden Mark erreicht. Gegenüber den Mitteilungen, daß die Ausfuhrmöglichkeit der Industrie stark zurückgegangen, ist eine gewisse Vorsicht am Platz. Die Verwertung Deutschlands generell überhaupt nur in der nächsten Zukunft einsehbar, tritt in die allgemeine keine ebenfalls zu. Die Lage ist von Branche zu Branche verschieden, je nachdem die Rohstoffe des Weltmarktes haben oder nicht. Im großen Durchschnitt sind die Weltmarktpreise noch nicht erreicht. Wir haben eine durchschnittliche Verteuerung der Lebenshaltung um das sechs- bis achtfache des Friedensstandes, nach anderer Meinung sogar das zehnfache. Im Auslande aber beobachten wir eine Preissteigerung auf das Dreifache der Friedenspreise. Wenn man nun die Inlands- und die Weltmarktpreise miteinander vergleicht und dabei annimmt, die Mark sei heute ein Sechstel so viel wert, wie im Frieden, so wäre ein völliger Ausgleich von Inlands- und Weltmarktpreisen gegenüber den inländischen Kosten der Lebenshaltung dann erreicht, wenn die Mark gegenüber der Ausfuhr um etwa 50 bis 60 Prozent wertlos geworden wäre, also um etwa 50 bis 60 Prozent wertlos. Gehen wir aber davon aus, daß die Mark im Inland auf ein Sechstel ihrer früheren Kaufkraft gesunken ist, so wäre ein Gleichstand mit den Weltmarktpreisen da, wenn die Mark etwa 30 bis 35 Prozent wertlos. Davon sind wir jedoch noch weit entfernt. Der Weltmarktpreis ist noch nicht zum fünften Teil erreicht bei den Rohstoffen. Der Rohstoffverbrauch der deutschen Industrie noch eine Exportmarke. Ferner bedarf der Arbeitelöhne. Wenn man nun sagt, daß die jetzt auf den Markt kommenden Waren aus Rohstoffen hergestellt seien, die erheblich teurer, als der heutige Tagespreis der Rohstoffe sind, so hätte diese Rechnung schon früher gemacht werden müssen, wo man die billigen Rohstoffe noch verarbeitet, die fertigen Ware aber zum Tagespreis verkaufte. Wenn es nun weiterhin gelingt, die Ein- und Ausfuhr im Gleichgewicht zu halten und Störungen und Gewalttätigkeiten des Wirtschaftslebens fernzuhalten, so müßte man wohl auf ein weiteres Steigen der Mark rechnen können.

Die augenblickliche Geschäftslage ist verursacht durch das Verjagen der Kaufkraft, das schon vor der Besserung der Mark begann. Die Preise waren schneller gestiegen, als die Kaufkraft steigen konnte. Das war insofern ein natürlicher Vorgang, als jeder Lohnveränderung eine bedeutend größere Preissteigerung zu folgen pflegt. Als nun die Preise abzubrüden begannen, hielten die Käufer noch mehr zurück. Schließlich konnten auch die Lohnsteigerungen nicht mehr ohne weiteres stattfinden. Dadurch wurde ein neuer Moment der Zurückgehen. In früheren Krisenzeiten kam man aber nicht selten mit Produktionsbeschränkungen, wenn die Preise zurückgingen. Mit dem Sinken des Wertes gingen die Preise von selbst so weit herunter, daß die Konsumfähigkeit weiterer Preise erreicht wurde, selbst unter der Geltungskosten, da die Wechselverpflichtungen und die Rückzahl auf die Rückzahl dies erforderlich machten. Heute freilich ist das Ausmaß des möglichen Verlustes derart groß, daß die Stilllegung der Betriebe vielfach, finanziell gesehen, nicht so notwendig erscheint. Das Verlustrisiko beim Verkauf ist enorm angewachsen. Das ist die andere Seite der Abfallung. Darum werden jetzt Unternehmen in Frage kommen, die nicht abgebrochen sind, die nicht abgebrochen sind. Es werden Betriebe stillgelegt, an deren Erzeugnisse kein Verbrauch ein großer Mangel herrscht. Um allgemein ist doch die Lage noch nicht so trübe, wie es in der Regel angenommen wird. Viele Industrien sind von der Abschaffung noch ganz unberührt geblieben. Für einzelne Industrien trägt die Krise nur vorübergehenden Charakter.

Zur Behebung der augenblicklichen Schwierigkeit werden folgende Fragen zu erörtern sein: Es muß die Frage erhoben werden, ob nicht die Valuta nach Auswirkung der jetzigen Schwankungen auf einen Stand zu stabilisieren ist, der der Volkswirtschaft zuträglich ist. Hier müßte man mit einer planmäßigen Regelung der Devisenwirtschaft vorgehen, für die heute in der Devisenbeschaffung bereits Anlässe vorhanden sind. Diese ist im September für die Devisenbeschaffung geschaffen worden und hat immer größere Umsätze in Devisen erzielt, insgesamt 14 Milliarden Mark. Es wird sich fragen, ob es nicht zweckmäßig ist, gemeinsam mit Reichsbank und Außenhandelsstelle einen gewissen Devisenbestand, ein „Fettbölcher“, zu schaffen, um die Volkswirtschaft vor den fortgesetzten Schwankungen des Devisenmarktes zu bewahren.

Weiter ist notwendig, eine **Umgliederung der Arbeiterkraft und der Betriebsmittel** in solchen Erwerbszweigen vorzunehmen, von denen man weiß, daß sie für die nächste Zukunft unwirtschaftlich sind. Es ist bisher gelungen, in bezug auf die wichtigste taufend Arbeiter in den Rohlenbergbau zu bringen. Die Erhöhung der Leistungen der Eisenbahn und der Industrie geht auf diese Steigerung der Rohlenförderung zurück. So sollten auch die Arbeiter, die durch die Demobilisierung in Betrieben verdrängt wurden, wo sie nicht voll beschäftigt werden konnten, in wirtschaftlich vollkommen wirtschaftliche Arbeit, wo irgend angängig, überführt werden.

Millevand über die Schwierigkeiten

in Elsaß-Lothringen.

„Gegenseitige Durchdringung“

Paris, 3. Juni. (W. T. B.)

In der französischen Kammer wurde im Laufe der Budgetberatung über Elsaß-Lothringen gesprochen. Bei diesem Anlaß erklärte Ministerpräsident Millerand, daß es sich jetzt schon erweisen sei, die Verwaltung von Elsaß-Lothringen mit den verschiedenen Ministerien in Einklang zu bringen. Seit einigen Monaten seien jedoch Fortschritte gemacht worden in bezug auf die Annäherung der beiden Gesetzgebungen. Man dürfe aber nicht glauben, daß die französische Gesetzgebung nunmehr die Elsaß-Lothringische in sich aufnehmen solle. Im Gegenteil, die französische Gesetzgebung könne vieles von der anderen Gesetzgebung lernen, und er lasse vielmehr ein Werk der gegenseitigen Durchdringung ins Auge. Eine ganze Reihe von Abgeordneten aus Elsaß-Lothringen brachten Beschwerden vor. Unter anderem erklärte der Deputierte Müller, es dürfe nicht wieder vorkommen, daß man den Elsaß-Lothringern sage: Geht eure Voches-Methode an! Wenn auch unsere Methoden nicht gefallen, dann überschreitet den Rhein! Der Generalkommissar für Elsaß-Lothringen, A. Lapeite, der der Sitzung beiwohnte, erklärte, daß es ihm Bestreben sei, es dahin zu bringen, daß die französische Verwaltung nicht weniger wert sein dürfe als die deutsche Verwaltung. Er werde sich bemühen, den Wünschen der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Auch sei es sein Bestreben, den Beamten in Elsaß-Lothringen ein Statut zu geben, das ihren Wünschen entsprechen würde.

* Der früher als einzelnes bürgerliches Mitglied dem Arbeiter- und Soldatenrat von Berlin angehörnde Geheimrat Medizinal- und Regierungsrat Dr. Wilhelm Müller, Direktor der Epiphany Heil- und Waisengestaltshaus bei Brauk, hat, wie uns telegraphisch gemeldet wird, sein Mandat als ständiger Landtagsabgeordneter niedergelegt. In dem Detmolder Organ der Landtagsabgeordneten erklärt er seinen Eintritt zur sozialdemokratischen Partei. Er war im Januar 1910 als einziger von den Kandidaten des von ihm gegründeten „Lippischen Volksverbandes“ gewählt und ließ sich beim Reichstag der Deutschen Volkspartei an, aus der er im Herbst 1910 wieder austrat.

* Die Ortsgruppe Berlin-Sichtenberg der Deutschen demokratischen Partei veranlaßt heute, 4. Juni, abends 8 Uhr, im Lokal des Obmanns, an der Poststraße 10, eine öffentliche Versammlung. Thema: Vor der Entscheidung. Redner: Gewerkschaftssekretär Schumacher (Berlin).

Höllenspein? Nun, so wollen wir jetzt ihren Jungen hereinrufen. Interrennert, wie? Sie sind ein stolzer Mensch, vielleicht könnten Sie betteln gehen, damit ihm die Qualen etwas abgerufen werden können. Sehen Sie, wenn Sie jetzt nicht in die Hölle, sondern in den Himmel gekommen wären, dann wäre für Sie als der Vater eines Sohnes die himmlische Wonne das Bewußtsein, daß Sie auf Erden in einem starken, schönen, edelgütigen, glücklichen Rinde fortleben. Jetzt, bitte — soll ich Ihnen in einem Pechelsteden? — nein, denken Sie lieber einmal an die Zukunft Ihres Sohnes. — Begreifen Sie jetzt das System eines modernisierten Infernos? Sie kriegen zwar nicht geschmolzenes Blei zu trinken, nur ganz einfach Tee mit Sacharin.“

„O“, sagte die arme Seele, „ich verstehe Sie. Ich habe überhaupt nur geträumt, daß ich gestorben bin und in die Hölle gekommen.“

Aus den Augen Satans brachen die ewigen Flammen. Er wusch zur Dede, aus seinem Schlund donnernten die Pojanen der Verdammung:

„Nein! Sie hatten nur geträumt, daß Sie noch leben und daß hier die Erde ist. Sie sind längst im tiefsten Abgrund der Hölle und haben es bisher nur nicht gewußt.“

△ **Tagung des Bundes Deutscher Architekten.** Der Bund deutscher Architekten veranlaßt seine diesjährige Hauptversammlung am 19. Juni in Würzburg. Aus der Fülle der Beratungsgegenstände sei der Antrag der linksrheinischen Gruppe hervorgehoben; die Architektenkammer ist schließung zur Erledigung zu bringen. Falls eine Privilegierung der Kammermitglieder für die veramoessliche Überleitung von Bauten, das Recht der Verleihung des Baumeisterstitels durch die Kammer oder auf Antrag der Kammer nicht zu erwidern ist, ist der Plan der Architektenkammer endgültig auszugeben.

▽ **Vortrag eines deutschen Schriftstellers in Rom.** Aus Rom telegraphiert unser Korrespondent: Im Internationalen Kunstverein hielt der Berliner Schriftsteller Adolf Weißmann einen Vortrag über italienische und deutsche Kunst, der mit starkem Beifall aufgenommen wurde. Nach dem Vortrag gaben die römischen Künstler Weißmann ein Bankett, auf dem die Verbrüderung italienischer und deutscher Kunst gefeiert wurde.

△ **Neine Mitteilungen.** Im Verein zur Bekämpfung des Geisteswesens wird am 11. Juni im Volkman-Gaule in Berlin, Sigismundstraße 4, Dr. A. Eichenberg einen Demonstrationsvortrag über „Klein (unbrennbare Zellulose) im Reine und im Frieden“ halten. — Professor Dr. Friedrich Franz Friedmann am 11. Juni in dem ihm von der Regierung unterstellten Zuberale-Institut im Gornitzpark, Schornsteinstraße 13, am 9. Juni, mittags 12 Uhr, über die Friedmannsche Zell- und Schuttmittelbehandlung der Zuberale mit Vorlesung von Patienten und nach der Behandlung Vortrag halten. — Der Verein deutsches Schriftstellertum in Jena erwartet künftlich den „Kritiker“ Hof in Jena, um künftlich Schriftstellern und Journalisten beiderlei Geschlechts eine Heimstätte zu schaffen.

Die Stimme der Vernunft.

Ein Deutschnationaler gegen den Antisemitismus.

In einer Festschrift der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. B. H. Charlottenburg, erscheinende Schrift „Antisemitismus? Eine unparteiische Klärung des Problems“ wendet sich der bekannte Schriftsteller Friedrich v. Oppeln-Bronikowski in scharfer Betonung seines deutschnationalen Standpunktes gegen den Antisemitismus. Er zerlegt die bekannten Schlagwörter des Antisemitismus eins nach dem andern, insbesondere die vom irreführenden internationalen Solidarität des Judentums, eines angeblich nur zerkleinernden, nicht aufbauenden Charakters, seiner Weisensfremdheit der Kultur und der Rasse nach. „Ich frage mich manchmal“, sagt er, „wohin viele deutsche Künstler, Dichter und Schriftsteller wohl gekommen wären, wenn wir im Judentum kein geistig hochinteressiertes und aufkräftiges Judentum hätten. Gerade unsere rechtsstehende Armee, der Beamte, der Offizier, der Landwirt, haben für das deutsche Geistesleben nicht immer den offenen Sinn und die offene Hand gehabt, die erwünscht gewesen wären.“ Mit Nachdruck weist er darauf hin, daß Deutschland alle Kräfte zum Aufbau braucht. „Wir brauchen die jüdische Intelligenz überall, in der Politik so gut wie in der Wirtschaft. Wanderte unser jüdisches Kapital aus, so könnten wir das gleiche erleben wie die Spanier zur Zeit der Inquisition oder die Franzosen bei der Wiedereinführung des Judentums nach dem Zusammenbruch der Restauration von 1815. Die Antisemiten würden sich dann schamlos über die Hände reiben, und wir könnten in abendlicher Dunkelheit, in der wir uns befinden, verhungern.“ Wir teilen den Standpunkt des Herrn v. Oppeln-Bronikowski, der gerade das Berliner Tageblatt wieder und wieder angreift, wieder im allgemeinen noch in allen Einzelheiten des von ihm hier behandelten Themas. Sein ernstes Bestreben, zu einem gerechten Urteil zu kommen, verdient die Anerkennung auch des Gegners. In seiner Partei freilich wird diese Stimme der Vernunft die des Predigers in der Wüste sein.

In einer Festschrift an die „Vossische Zeitung“ teilt die bisherige deutschnationale Abgeordnete **Fräulein v. Gierke** mit, daß ihre Zurückziehung bei der Auffstellung der Kandidatenlisten, wie sie aus gewissen Überlegungen mit Bestimmtheit schied, aus Rücksicht auf die deutschen Elementen erfolgt ist. Die Parteileitung hat den Wünschen des deutschnationalen Kandidaten v. Gierkes ausdrücklich mitgeteilt, daß die Antisemiten nicht verlegen sein könnten. Geheimrat Professor Dr. Lito v. Gierke, der gleichzeitig mit seiner Tochter der deutschnationalen Partei ausgetreten ist, schreibt in einem Brief an den Parteivorstand u. a.: „Ich halte es mit meiner Manneswürde für unvereinbar, fernerein einer Partei anzugehören, in der meine Frau, meine Kinder und meine Personlichkeiten gestempelt werden oder doch die echte und volle Deutschtum sein abgeprochen wird.“ Geheimrat v. Gierke wendet sich dann gegen den blinden Antisemitismus. „Die Antisemiten, mit denen es uns übersehmen, offenbaren ein erbauliches Maß von Unbildung, Geistesverarmung, Selbstverleugnung und praktischer Unvernunft. Sie erinnern an Schwärmer und Genossen.“

Vortrag von Graf Reher und Karl Vetter. Zum Neuen Theater und Deutsche Vereinsgesellschaft werden am 4. Juni, 7 1/2 Uhr, in den Prädikalien des Wollens, Epochenstraße 3, eine Versammlung, in der Graf Reher seinen Vortrag über „Arbeiterrecht und Wählerrecht“ wiederholen wird, und in der Redakteur Karl Vetter die antijüdische Propaganda des Reichstages, die Vereinigung der vereinigten Parteien auf der Verberührung des Reichstages, auf die Bestimmung der Wahlverfahrensregeln, die für die Wahl der 50 Mann, Einleitenden bei Seite u. Sod. u. Wertheim und Wollens.

Zur Einladung des Demokratischen Studentenbundes. Am 4. Juni, abends 7 Uhr, in der Universität, Oberlaa 23, der Staatsminister a. D. Dr. A. Friedberg über „Aufgaben der Demokratie im kommenden Reichstag.“ Gäste willkommen!

Die große Versammlung saarbrücker Wähler und Wählerinnen. Am 4. Juni, abends 7 1/2 Uhr, in den Prädikalien, Kaiser-Wilhelm-Straße 31, Redner: die Reichstagsabgeordnete Frau Dr. Leo Engel und Dr. Gertrud Klausner. Die Übertragung wird von der Dolmetscherin Frau Maria Kühnel vorgenommen.

Von auswärtigen Bühnen. Der Welker der Breslauer Vereinigten Theater (Wols- und Thalia-Theater), Dr. Theodor Böme, hat seine Theater an den Direktor Barnack vom Kattowitzer Stadttheater verpachtet. Das Nachbühnen soll mit der Spielzeit 1921/22 beginnen. — Am Braunschweigischen Landes-Theater wurde die melodische Operette „Die glückliche Insel“ nach Offenbach'schen Motiven von Dr. Leopold Schmidt mit großem Beifall aufgeführt. — Als eines der ersten deutschen Schauspielere, die nach dem Kriege in Amerika zur Aufzucht gelangten, wurde in Deutschen Theater zu Chicago „Der rote Leutnant“ von Hermann Kienzl und Edward Goldbeck gegeben. Die „Chicagoer Abendpost“ berichtet über einen außerordentlich starken Erfolg. Das Stück, 1908 in Berlin auf und auf diesen deutschen Bühnen gegeben, behandelt einen Konflikt zwischen Miliz und Arbeiterklasse.

Die Akademische Kurse über Siedlungen. In der Berliner Universität finden Kurse über Siedlungsweisen statt. Der bekannte Siedlungspraktiker, Hauptmann Schumade, wird diese Kurse mit einem Vortrag über innere Kolonisation und Wiederansiedlung eröffnen. — Wir brachten im vergangenen Jahre (Nr. 474) einen sehr instruktiven Aufsatz von Hauptmann Schumade. Als Offizier unter Bergarbeitern.

Wissenschaftliche Nachrichten. Der als ordentlicher Professor der Anatomie an der Königlich Preussischen Hochschule in Dresden beurlaubte Dr. Viktor Klempner hielt am 3. Juni seine Antrittsvorlesung über „Gang und Wesen der transzendenten Vite, ratur.“

Die Museen am Wahltag geschlossen. Der Generaldirektor der staatlichen Museen teilt mit: Am 6. Juni, dem Tage der Reichstagswahlen, bleiben das Alte und Neue Museum, das Kaiser-Friedrich-Museum, das Kunstgewerbemuseum, das Museum für Völkerkunde die Sammlung für deutsche Volkskunde und das Zeughaus geschlossen.

Die letzte Jentenerfeier von Dante's Tod soll, wie uns aus Rom geschrieben wird, im Jahre 1921 in Florenz besonders würdig begangen werden. Man plant eine Trecento-Ausstellung im Palazzo Vecchio sowie eine Reihe von Konzerten ältester italienischer Musik. Noch mehr zu begreifen ist aber die Idee, einer Anzahl Alt-Florentiner Häuser aus der Dante-Zeit in ihren früheren Zustand zurückzuverlehen.

Vor der Entscheidung.

Ein „schmächtlicher Handel“.

Der geheime Vorstandsbeschluss der Volkspartei

Kürzlich berichteten wir in einem Artikel „Politische Anpassungsfähigkeit“ über eine Sitzung, in der eine Erklärung Stresemanns über einen vertraulichen Vorstandsbeschluss der Volkspartei gegen den Antisemitismus mitgeteilt wurde. Hierzu schreibt uns Herr Rechtsanwalt Dr. Max Raumann, der die Mitteilung in jener Sitzung machte: „Dasjenige, was ich nach dem Bericht Ihres Gewährsmannes über den Inhalt der frankischen Unterhaltung gesagt haben soll, ist entsetzt wiedergegeben. Wohl hat mir Herr Dr. Stresemann gesagt, daß der Vorstand der Deutschen Volkspartei wiederholt entschieden gegen den Antisemitismus Stellung genommen habe, und zwar, abgesehen von dem Parteiprogramm selbst, in einem besonderen, auf diesen Punkt bezüglichen Beschluss. Er hat mir ferner gesagt, daß der Parteivorstand diesen Beschluss auch in Parteifreien, bei der Presse aber bisher noch nicht faßlich gemacht habe, weil eine besondere Veranlassung dazu nicht vorgelegen habe, daß im übrigen der Vorstand die Veröffentlichung auch in der Presse veranlassen würde, wenn eine solche besondere Veranlassung sich ergeben sollte. Auch von einer öffentlichen Erklärung solcher Deutscher jüdi-“

An die deutschen Frauen.

Zum 6. Juni.

**Nichts Klassenhaft,
Stützen uns tief in den Bürgerkrieg,
Drum, Deutsche Frauen, laßt euch rufen,
Wählt nur Deutsche Demokraten,
Helft der Vernunft, dem Gemeinwohl zum Sieg!**

Die Abstammung war die Rede, die, ohne ihre Abstammung zu verlegen, nur deutsch empfanden und denken können und die sich durch gewisse Erhebungen des öffentlichen Lebens, insbesondere das Auftreten einer gewissen Presse, zum abgefahren fühlen, wie irgendein Deutscher gesprochen worden, Dagegen ist mit keinem Wort davon der Rede, daß der Parteivorstand den oben erwähnten Beschluss veröffentlichte, wenn zunächst die frankische Erklärung von jüdischer Seite abgegeben und die Deutsche Volkspartei entgegen würde. Der Gedanke an einen derartig schmächtlichen Handel ist weder im Laufe meiner Unterhaltung mit Herrn Dr. Stresemann erwähnt noch von mir in der Zusammenkunft vom 27. Mai 1920 wiedergegeben worden. Ich darf wohl erwarten, daß Sie dieser Richtigstellung unverzüglich in Ihrem Blatte Raum geben werden.“

Wir erfüllen den Wunsch des Herrn Dr. Raumann. Er irrt freilich, wenn er Richtigstellung nennt, was Veröffentlichung ist. Auch in der von uns wiedergegebenen Darstellung war nicht gesagt, daß der Geheimbeschluss veröffentlicht werden würde, wenn die fragliche Erklärung von jüdischer Seite abgegeben werde, sondern es hieß, daß durch eine solche Entschlieung „die Veröffentlichung außerordentlich erleichtert werden würde“. Diese Mitteilung hat Herr Dr. Raumann gemacht. Sie betrifft die nicht. Seine Berichtigung wendet sich gegen eine Veränderung, die er selbst an unserem Text vorgenommen hat. Im übrigen mache man sich den Sachverhalt klar: Die Volkspartei wohnt Zimmer an Zimmer, kämpft Schulter an Schulter mit einer ausgeprochen antisemitischen Partei. Ihr einziges Auslöser-Organ, die „Tägliche Rundschau“ hat einen ausgerechnet antisemitischen Charakter. Einzelne Ortsgruppen lehnen die Aufnahme jüdischer Mitglieder ab. Die Volkspartei hat die Aufnahme jüdischer Mitglieder abgelehnt. Aber der Vorstand hält den gegen den Antisemitismus gerichteten Beschluss geheim und wartet für seine Veröffentlichung „eine besondere Veranlassung“ ab. So können auf der einen Seite antisemitische, auf der anderen Seite jüdische Wähler für den 6. Juni eingegangen werden. Wenn angesichts dieses jetzt festgestellten Sachverhalts Herr Dr. Raumann und seine jüdischen Freunde mit einer Partei von so hinterhältigem Charakter in Verhandlungen treten, so sehen wir allerdings darin, um seine eigenen Worte zu zitieren, einen „schmächtlichen Handel“, und eine Partei, die eingeständenermaßen erst eine „besondere Veranlassung“ abwartet, um den Grundfah der Reichsgleichheit aller Staatsbürger zu proklamieren, mag auf unklare oder unzufriedene Köpfe eine gewisse Anziehung ausüben — eine Partei von politischem Niedrigkeit ist sie nicht.

Vieliagendes Verschweigen.

Die schwerindustrielle Deutsche Volkspartei nennt auf ihren Stimmzetteln für Berlin und Potsdam II nur in großem Druck den Namen des ersten Kandidaten, Warum das? Wie verlaunt, soll bei der Volkspartei für diese Faßung des Stimmzettels entscheidend gewesen sein, daß in Berlin wie in Potsdam II als zweiter Kandidat ein ehemaliger Landrat auf der Liste stehen. In Berlin ist es der Landrat v. Raumer, in Potsdam II der Landrat v. Kardorff. Beide waren vormals konservativ! Zwei abliche konservative Landräte als Volksparteiliche Kandidaten in zwei Kreisen, die einen Wahlverband bilden — das ist ein bißchen viel. Da ist es schon richtiger, nur einen Namen auf den Stimmzettel zu drucken.

Adolf Damaskhle.

Dem Führer der Bodenreformer, Adolf Damaskhle, der an sicherer zweiter Stelle für die Deutsche demokratische Partei im Wahlkreis Frankfurt a. O. — Grenzstadt kandidiert, und zu dessen Unterstützung auch Mitglieder der Deutschen Volkspartei ihre Freunde aufsuchen, gilt das dritte Heft des im Reichsverband Hermann Rauff erschienenen „Wegweisers für das werktätige Volk.“ Damaskhle steht jetzt im 45. Lebensjahre. Seit 1888 stand er im Soldatendienst der Stadt Berlin. 1890 wurde er zuerst mit dem Gedanken der Bodenreform bekannt, für die er damals schon unter den Reichs-Landwirten des Gewerkschaften Freunde warb. Seit 1893 steht er an der Spitze des „Bundes deutscher Bodenreformer“. Mit Friedrich Raumann befreundet, gründete er gemeinsam mit diesem die Nationalsozialistische Partei, für die er zweimal ohne Erfolg zum Reichstag kandidierte. Seit ihrer Auflösung blieb er dem Parteileben fern und widmete sich ganz den Fragen des Bodens und der Wohnungsnot. Jetzt hat er sich zu der Partei bekannt, die im vorigen Jahre seinen Freund Raumann an ihrer Spitze gestellt hat. Seine Mitarbeit im neuen Reichstag wird

für die Durchführung eines gerechten Bodens und Heimstättenrechts, wie sie in Artikel 10 und 155 der Reichsverfassung vorgehoben sind, von besonderem Werte sein.

Laßt euch nicht provozieren!

Bedachtigte Situma des Wahlakts.

Die „Freiheit“ will von „überflüssiger militärischer Seite“ erfahren haben, daß ein Teil der konterrevolutionären Offiziere die Wahl am 6. Juni durch einen Putzsch verhindern wollte. In ihrer Mitteilung wird gesagt:

„Es ist von diesen Kreisen beabsichtigt, in den ersten Morgenstunden des 6. Juni die Wahllokale zu besetzen, die Listen zu vernichten und die Kandidaten der linksstehenden Parteien zu verhaften. Der Oberbefehl auf die Wahllokale soll von gekauften Subjekten ausgeführt werden, um nach außen hin den Anschein zu erwecken, als seien die Wahllokale von Angehörigen der kommunistischen Arbeiterpartei gestürmt worden, um die Wahlen zu verhindern. Im Zusammenhang damit sollen dann die in der Nähe Berlins zusammengezogenen Truppen einmarschieren, gegen die angekündigten Plan viele Anhänger gefunden nicht feststellen, ob dieser wahrhaftige Plan viele Anhänger gefunden hat. Aber die Tatsache, daß er von einem bestimmten Kreis von Offizieren ernsthaft erwogen wird, soll für die Arbeiterpartei eine Mahnung sein, sich unter keinen Umständen provozieren zu lassen.“

Ob diese Alarmnachricht begründet ist, läßt sich nicht erkennen. Aber soviel ist klar, daß der angebliche Plan sich nur mit Hilfe von „gekauften Subjekten“ durchführen ließe. In dieser Beziehung ist es bemerkenswert, daß nach der „Freiheit“ Mitglieder der unabhängigen Partei gegen das Verprechen einer Entschädigung von 50 Mark für Sonntag nach dem Reichstag bestellt worden seien, um dort Wahlen zu empfangen. Es kann also den Arbeitern, an die solche Auforderungen herantreten, nur empfohlen werden, den Provokateuren die abührende Antwort zu erteilen. Damit bringen sie auf die sicherste Weise einen rechts-bolschewistischen Putzsch vor.

Unter freiem Himmel.

Große demokratische Kundgebung in Steglitz.

Die Deutsche demokratische Partei in Steglitz hatte gestern zu einer großen öffentlichen Wählerversammlung unter freiem Himmel auf dem Steglitzer Marktplatz eingeladen. Zempeltische riefen gegen 8 Uhr abends die Wähler herbei. 2000 der hiesigen und umliegenden Wähler fanden sich nahezu 2000 Männer und Frauen ein. Oberleitung fanden sich nahezu 2000 der hiesigen und umliegenden Wähler an ihre Plätze, am 6. Juni die junge deutsche Republik zu führen und zu fördern. Eine deutschnationale und eine kommunistische jugendliche Ehrenkommission, die sich brüderlich bei den üblichen Störungsversuchen unterließen, fielen gänzlich ab. Die eindrucksvolle Kundgebung schloß mit einem braunem aufgenommenen Hoch auf die Demokratie und die deutsche Republik.

Vom Zentralverband der Angestellten.

Eine Vorberichtschaft der „Unabhängigen“?

Wir erhalten folgende Zuschrift: „An einer Reihe von Katernenplätzen in der Kaiserstraße zu Frankfurt a. M. sind Zettel folgenden Inhalts angelegt: Die Mitglieder des Zentralverbandes für Angestellte wählen unabhängig sozialdemokratisch oder kommunistisch. Wer nicht unabhängig oder kommunistisch wählt, muß raus aus dem Zentralverband!“

Der Zentralverband der Angestellten ist eine Angestelltenorganisation, die im Gegensatz zu den anderen Angestelltenorganisationen fast rein sozialistisch zusammengesetzt ist, sozialdemokratische Führer an der Spitze hat, und in der nur ein Teil der Mitglieder unabhängig sozialistisch organisiert ist. Es wird Aufgabe der mehrheitlich sozialistischen Mitglieder sein, gegen diesen Terror radikaler Gruppen innerhalb der Organisation entschiedene Stellung zu nehmen.“

Demokratische Wählerversammlungen.

Freitag, 4. Juni.

Charlottenburg-Wend. Reichstagskandidatin Frau Heugl Knapp und Reichstagskandidat A. Dr. Bernburg. Wir werden liegen.“ Lokal: Herber-Schule, Bayernallee (Reichsanglerplatz). Beginn 8 Uhr.

Ch. Altenburg. Generalleutnant a. D. Völler: Sachfragen unserer Zeit.“ Lokal: Kammern-Gymnasium, Dornier Straße 11. Beginn 8 Uhr.

Halle. Reichstagskandidat Ruschke und Dr. Michaelis: Jede Stimme der Liebe den Reich.“ Lokal: Flora-Festhalle, Halle. Johann-Georg-Straße 19. Beginn 8 Uhr.

Marienburg. Stadtverordneter Erdmannsdorffer und Frau Neffow: „Demokratie oder Bürgerkrieg.“ Lokal: Lindenpark, Berliner Straße 94. Beginn 8 Uhr.

Reutlingen. Reichstagskandidat Ruschke und Schriftsteller W. H. H. In letzter Stunde.“ Lokal: Friedrich-Realschule, Kaiser-Friedrich-Straße. Beginn 7 1/2 Uhr.

Nicolaes. Reichstagskandidat Abgeordneter Janßen. Reichsgerichtspräsident der Deutschen demokratischen Partei. Von der Nationalversammlung zum Reichstag.“ Lokal: Kurhaus Wepel (vorm. Heinrich). Beginn 8 1/2 Uhr.

Schöneberg. Antraden halten die Reichstagskandidaten Dr. Bernburg, Otto Ruschke und Frau Heugl Knapp. Vortrag Professor A. Dr. Bernburg. Was ist unsere Pflicht.“ Lokal: Wünder-Schule, Reuterstraße. Beginn 8 Uhr.

Gegen den Mangel an Kupfermünzen. Der Mangel an Kupfermünzen wird in absehbarer Zeit kaum zu beheben sein. Die hieraus sich ergebenden Schwierigkeiten werden namentlich beim Zahlungsverkehr im Kleinhandel mit bewirtschafteten Lebensmitteln bemerkbar. Hierbei ist eine Aufbringung aus fast oder zehn Pfennige nach oben eine Höchstpreisüberhöhung und als solche nicht haltbar; einer Abminderung nach unten widerlegen sich aber die Verhältnisse. Der Reichswirtschaftsminister trägt diesem Umstande, wie die „P. N.“ hören, bereits dadurch Rechnung, daß er die Höchstpreise so festlegen läßt, daß die Kopfmünze durch fünf teilbar ist. Die Landeszentralbehörden sind angewiesen worden, in der gleichen Weise zu verfahren.

Sechs Monate Gefängnis für Milchpantfcheri. Das Spandauer Schöffengericht verurteilte den Milchpantfcheri Witzmann, der in Spandau verschiedene Fiktalen unterhält, wegen Milchpantfcheri zu der höchst zulässigen Strafe von sechs Monaten Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe. Durch die Verhandlung wurde festgestellt, daß im Betriebe des Angeklagten Wasserpost entrahmt und veredelter Milch zum Verkauf gekommen ist.

Morgen vorausschickendes Wetter in Berlin und Umgegend. Kühl und überaus früh mit wiederholten Regenstürmen und kaltem Winden bis nordwestlichen Winden, damitigen zeitweise aufklarend.

Preiswucher und Geldentwertung.

Rechtsanwalt Dr. Max Alsberg.

Das Verbot der Verordnung vom 23. Juli 1915, Preise zu den ganzen Betrieben, des Reichsgerichtes...
...der Kaufmann seinen Preis unter Berufung...
...dieser Rechtsprechung hatte so lange Sinn, als wirklich durch eine dem...
...auf den Kaufmann sich deshalb nach dem Einwirkung...
...auf den Kaufmann sich deshalb nach dem Einwirkung...
...auf den Kaufmann sich deshalb nach dem Einwirkung...

verwandten Geschäftszweige an die Gesellschaft stellen, zu genügen und...
...die C. Lorenz Aktiengesellschaft mit 250.000 M. mit 25 pCt. beteiligt...
...die C. Lorenz Aktiengesellschaft mit 250.000 M. mit 25 pCt. beteiligt...

* Carl Berg Akt.-Ges. in Evesing, W. Die ausserordentliche...
...Herrmann Lühnert, Bromberger Maschinenbau...
...Herrmann Lühnert, Bromberger Maschinenbau...

* Die Bank für Handel und Industrie hat am 1. Juni in...
...Herrmann Lühnert, Bromberger Maschinenbau...
...Herrmann Lühnert, Bromberger Maschinenbau...

* Die Zwangsvergleich der Friedrichsberger Bank...
...Herrmann Lühnert, Bromberger Maschinenbau...
...Herrmann Lühnert, Bromberger Maschinenbau...

* Die Stettiner Chamottefabrik Akt.-Ges. vorm. D...
...Herrmann Lühnert, Bromberger Maschinenbau...
...Herrmann Lühnert, Bromberger Maschinenbau...

* Auf dem Gladbacher Garnmarkt war der Absatz...
...Herrmann Lühnert, Bromberger Maschinenbau...
...Herrmann Lühnert, Bromberger Maschinenbau...

* Das Ausland hat die Markvaluta. Die Börsenbewegung...
...Herrmann Lühnert, Bromberger Maschinenbau...
...Herrmann Lühnert, Bromberger Maschinenbau...

* Die Internationale Ausschuss für die Kredit...
...Herrmann Lühnert, Bromberger Maschinenbau...
...Herrmann Lühnert, Bromberger Maschinenbau...

* Eine neue tschechoslowakische Staatsanleihe...
...Herrmann Lühnert, Bromberger Maschinenbau...
...Herrmann Lühnert, Bromberger Maschinenbau...

* Berliner Börse.

Vorwiegend abgeschwächt, Bevisen rückgängig.

Nach der letztjährigen Steigerung der Devisen kam es heute wieder zu...
...Am Markt der Auslands- und Kolonialpapiere war die...
...Am Markt der Auslands- und Kolonialpapiere war die...

Papiere mit fortlaufend notierten Kursen.

Table with columns for stock symbols (e.g., S.K. Oest. 10, S.K. Oest. 100), prices, and other financial data.

* Kurse gegen 2 Uhr. Deutsch-Überrhe 750, Schantung 588.

Am Markt der mit Einheitskursen notierten Papiere war die Preisgestaltung nicht einheitlich, doch überwiegt die schwächere Grundstimmung.

Höher wurden u. a.: Neptun Schiffswerft 850, Magdeburg Gas 4, Renner Gerbstoff 10, Dinnendahl 12, Dinnsen Elmsahl 17, Excelsior Fahr...
...Höher wurden u. a.: Neptun Schiffswerft 850, Magdeburg Gas 4, Renner Gerbstoff 10, Dinnendahl 12, Dinnsen Elmsahl 17, Excelsior Fahr...

Im freien Verkehr wurden bewertet: Pomona-Antelle mit 8300 Prozent.

Am Rentenmarkt war die Mehrzahl der heimischen Anleihen nicht preisbildend. Apror. Konsols verloren ¼ pCt., 3½proz. Konsols ¼ pCt. und Apror. Konsols ¼ pCt. Nur die Spror. Deutsche Reichsanleihe stellte sich mit ¼ pCt. höher. Von ausländischen Anleihen waren mexikanische stärker rückgängig.

Die Kurse der an der Berliner Börse notierten Devisen zeigten heute

viele Abschwächungen im Zusammenhang mit der Höherbewertung der Mark im Ausland.

Auszahlung Warschau stellte sich auf 21 B. Kosciuszko-Noten auf 22.

Nach an der Börse vorliegenden Privatmeldungen stellte sich die Mark heute mittig in Holland auf 6,63, in Zürich auf 12,65 und in Stockholm auf 10,45-10,75.

Amsterdam, 3. Juni. Wechsel auf Berlin 5,95 (6,40).

Kopenhagen, 3. Juni. Wechsel auf Hamburg 15,50 (14,65).

Stockholm, 3. Juni. Wechsel auf Berlin 11,09 (11,75).

* Lederversteigerung in Hamburg. Heute sollten 128 Ballen

Wildleder öffentlich versteigert werden. Obwohl eine zahlreiche Käuferschaft vorhanden war, so die Kaufsumme nur gering, denn die Ware wurde sämtlich zurückgestellt, und zwar 480 kg Vachelder I. Sorte zu 20,50-21,50, 4543 kg II. Sorte zu 20,50-21,50.

Liverpool, 2. Juni. (Bumwoll) Umsatz 14.000 Ballen.

Import 12.000 Ballen. Unreimig Juni 20.000, Juli 24.000, August 24.000, Amerikanische und brasilianische 8 Punkte Läder, ägyptische 50-100 Punkte niedriger.

